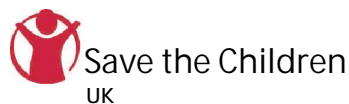


Der Gazastreifen Eine humanitäre Implosion





Der Gazastreifen:
Eine humanitäre Implosion



Inhalt

Kurzdarstellung	4
Einführung	7
Die humanitäre Krise	9
Risiken der Unverbindlichkeit	17
Schlussfolgerung und Empfehlungen	18

Kurzdarstellung

Die Lage der 1,5 Millionen Palästinenser im Gazastreifen ist schlimmer als je zuvor seit Beginn der israelischen Militärbesetzung im Jahr 1967. Die aktuelle Situation ist so gewollt. Sie wäre vollständig vermeidbar gewesen und könnte – mit dem nötigen politischen Willen – jederzeit wieder aufgehoben werden. Gaza befindet sich schon lange in einem Zustand dauerhafter, wirtschaftlicher Stagnation und abstürzender Entwicklungsindikatoren.

Seitdem der Staat Israel in Reaktion auf die Machtübernahme der Hamas in Gaza und auf die wahllosen Raketenangriffe gegen das Land extreme Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs verhängt hat, sind die Missstände vor Ort exponentiell gestiegen. Dieser Bericht dokumentiert den Ernst der aktuellen Situation entlang der verschiedenen Sektoren.

► Humanitärer Zugang

Jeder Verkehr nach Gaza und von dort hinaus ist praktisch unmöglich geworden. Die Lebensmittel- und Wasserversorgung, die Abwässerklärung und grundlegende gesundheitliche Dienste sind nicht mehr gewährleistet. Durch die Blockade und den wirtschaftlichen Zusammenbruch ist nur wenig Geld für den Kauf von Lebensmitteln vorhanden. Zudem sind letztere nur begrenzt erhältlich. Die Preise hierfür steigen immer weiter an. Weizenmehl, Babymilch und Reis sind – wie auch andere lebenswichtige Güter - immer seltener zu finden. Allein in den Monaten Mai bis Juni 2007 zogen die Waren- und Rohstoffpreise um 34 %, 30 % bzw. 20,5 % an ¹.

Mit Verschärfung der humanitären Krise ist die Zahl der Transportfahrzeuge, die kommerzielle und humanitäre Güter nach Gaza hineinbringen, massiv zurückgegangen. In den Monaten vor dem Anziehen der Blockade kamen täglich rund 250 Lieferfahrzeuge im Gazastreifen an ², jetzt können am Grenzübergang Sufa noch maximal 45 Laster pro Tag abgefertigt werden ³. Zumeist wird diese Anzahl jedoch nicht erreicht.

► Armut und Abhängigkeit von Lebensmittelhilfen

Die Zahl der Menschen in Gaza, die in absoluter Armut leben ist stark gestiegen. Heutzutage sind 80 % der Familien in Gaza, verglichen mit 63 % im Jahr 2006, von humanitären Hilfen abhängig, ⁴.

Dieser Niedergang hat ein bisher beispielloses Maß an Armut und die Unfähigkeit einer breiten Mehrheit der Bevölkerung offenbart, nur schon für die Grundnahrungsmittel selber aufzukommen.

Durchschnittlich 62 % ihrer Gesamteinkommen wandten die Haushalte im Jahr 2007 für den Kauf von Lebensmitteln auf, verglichen mit 37 % im Jahr 2004 ⁵. Um die Bedürfnisse der zunehmend verarmten Bevölkerung noch decken zu können, mussten die Nahrungsmittelhilfen in der Folge dramatisch verstärkt werden. Im Jahr 2008 sind nun mehr als 1,1 Millionen Menschen – rund drei Viertel aller Bewohner Gazas – von diesen Hilfen abhängig. In weniger als einer Dekade hat sich die Anzahl der Familien, die auf die Lebensmittellieferungen des UNWRA angewiesen sind, verzehnfacht ⁶.

¹ WFP (Welternährungsprogramm), Bericht zur Nahrungsmittelversorgungssicherheit und Marktübersicht: Bericht Nr. 9, Juni 2007

² OCHA Sonderfokus, "Die Abrisiegelung des Gazastreifens: die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen", Dezember 2007, [OCHA - UN-Büro zur Koordination humanitärer Angelegenheiten]

³ Oxfam Jerusalem, Februar 2008.

⁴ OCHA Sonderfokus, "Die Abrisiegelung des Gazastreifens: die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen", Dezember 2007, [OCHA - UN-Büro zur Koordination humanitärer Angelegenheiten]

⁵ Siehe Fußnote Nr. 4

⁶ Gegenwärtig stellt das UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge) Lebensmittelhilfen für 182.400 Familien (ungefähr 860.000 Menschen) im Gazastreifen zur Verfügung. Das Welternährungsprogramm (WFP) versorgt weitere 302.000 Menschen mit Nahrung. Das sind insgesamt 1,1 Millionen Menschen, die auf solche Programme angewiesen sind. Im Jahr 1999 hatte das UNRWA nur 16,174 Familien im Gazastreifen zu versorgen.

► Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote in Gaza liegt bei 40 %, mit einem klaren Trend zur 50 %-Marke ⁷. Die private Wirtschaft, verantwortlich für 53 % aller Jobs in Gaza, ist am Boden zerstört. Viele Firmen sind in den Bankrott gegangen und 75.000 der insgesamt 110.000 Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz verloren ⁸.

Gegenwärtig ist in 95 % aller Industriebetriebe Gazas die Produktion eingestellt, weil weder der Zugang zu notwendigen Produktionsvorgaben, noch die Möglichkeit zum Export der produzierten Waren vorhanden sind ⁹. Im Juni 2005 existierten im Gazastreifen noch 3.900 Fabriken mit rund 35.000 Beschäftigten ¹⁰. Sechs Monate später sind davon noch 195 Betriebe mit insgesamt gerade mal 1.750 Arbeitern geblieben.

Auch die Bauindustrie lahm und Zehntausende Beschäftigte des Gewerbes sind ohne Arbeit ¹¹. Der Agrarsektor ist ebenfalls stark betroffen. Fast 40.000 Arbeiter, die auf Ernteerträge angewiesen sind, stehen jetzt ohne Einkünfte da ¹².

Israel hat diesen Mangel an Arbeitsplätzen noch verschärft, indem es seiner Abhängigkeit von den Billiglohnkräften aus Gaza ein Ende setzte und nur noch Arbeiter aus anderen Ländern anwirbt. Im September 2000 pendelten täglich rund 24.000 Palästinenser zu ihren Arbeitsplätzen in Israel ¹³. Heute liegt deren Zahl bei Null.

► Grundversorgung

Die Blockade führt zur Zerstörung der Infrastruktur der öffentlichen Versorgungsdienste. Anhand des Einfuhrverbotes für Ersatzteile verhindert Israels Regierung, dass die Elektrizitäts- und Wasser-netze des Gazastreifens repariert und instand-gehalten werden können. Die unausweichlichen Folgewirkungen werden durch die parallel und strafweise von Israel verhängten Beschränkungen der Treibstoff- und Stromimporte nach Gaza noch gravierend verschärft.

Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, den notwendigen Strom für den fortlaufenden Betrieb lebenserhaltender Geräte oder zur Herstellung von Sauerstoff zu erzeugen. Gleichzeitig fließen täglich 40 – 50 Millionen Liter Abwasser ungeklärt ins Meer ¹⁴.

Im September 2007 enthüllte eine Studie des UNWRA zur Situation im Gazastreifen, dass die Prüfungsdurchfallrate in den Schulklassen vier bis neun bei 80 % lag, im Fach Mathematik sogar bei bis zu 90 % ¹⁵.

Im Januar 2008 zeigte ein Bericht des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), dass Schulen in Gaza Kurse ausfallen ließen, die mit hohem Stromverbrauch verbunden sind, wie etwa den IT-Unterricht, naturwissenschaftliche Laborstunden und Aktivitäten, die nicht im normalen Lehrplan enthalten sind ¹⁶.

⁷ Die im Bericht zum OCHA Sonderfokus „Die Abriegelung des Gazastreifens: Die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen“ vom Dezember 2007 zitierten Zahlen des Palästinensischen Büros für Statistik liegen bei 37,6 %

⁸ PalTrade, Präsentation vor dem PSCC, Juli 2007. (PalTrade vertritt privatwirtschaftliche palästinensische Betriebe und beschäftigt sich mit der Entwicklung und Förderung von Handels- und Geschäftsbeziehungen mit der Außenwelt. PalTrade ist ein Gründungsmitglied des PSCC (Privatwirtschaftlicher Koordinationsrat), ein Konsortium der größeren privatwirtschaftlichen Unternehmen und wichtiger Partner der Industrie und der Dienstleistungsbranche.) . In den Verhandlungen über den Verkehr und den Zugang zum Gazastreifen vor und nach dem israelischen Rückzug vertrat PalTrade die palästinensischen Institutionen der Privatwirtschaft.

⁹ Weltbank, *In die palästinensische Wirtschaftsreform und Entwicklung investieren*, Paris, 17. Dezember 2007

¹⁰ siehe Fußnote Nr. 9

¹¹ OCHA Sonderfokus „Die Abriegelung des Gazastreifens: Die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen“, Dezember 2007

¹² Siehe Fußnote Nr. 11

¹³ Weltbank, *Westbank und Gaza Update*, September 2006

¹⁴ Oxfam Jerusalem / CMWU Gaza Februar 2008. Die CMWU [Coastal Municipalities Water Utility / Gemeinnützige Wasserbetriebe der Küstengemeinden] sind für die Wasser – und Abwasserversorgung des Gazastreifen zuständig.)

¹⁵ UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge), September 2007

¹⁶ UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen), Pressemitteilung Januar 2008

► Belieferung mit grundlegenden medizinischen Verbrauchsgütern und Zugang zu medizinischer Behandlung

Infolge der Beschränkungen der Treibstoff- und Elektrizitätslieferungen fällt in Krankenhäusern gegenwärtig zuweilen für acht bis zwölf Stunden am Tag der Strom aus. Die verfügbaren Mengen an Dieseltreibstoff zum Betrieb der Krankenhausergeneratoren sind um 60 – 70 % zurückgegangen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist der prozentuale Anteil der Patienten, die zum Zwecke einer medizinischen Behandlung eine Ausreisegenehmigung aus dem Gazastreifen erhalten haben, von 89,3 % im Januar 2007 auf 64,3 % im Dezember 2007 gesunken und hat damit ein beispiellos niedriges Niveau erreicht.

Hierbei gilt festzuhalten, dass selbst Patienten, denen ein Ausreisevisum aus dem Gazastreifen zugestanden wurde, an der Grenze selbst doch häufig abgewiesen werden. Allein für den Monat Oktober wurden über 27 solcher Fälle berichtet. Die WHO kontrolliert den Zugang von Patienten zu speziellen, im Gazastreifen nicht verfügbaren Gesundheitsdiensten. Ein seit Oktober 2007 regelmäßig überprüfter und wichtiger Indikator ist hierbei die Anzahl der Todesfälle unter Patienten, die aufgrund des fehlenden Zugangs zu den ihnen angewiesenen Spezialbehandlungen eingetreten sind. Für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2007 hat die WHO 20 solcher Todesfälle unter Patienten bestätigt, darunter fünf Kinder.

Eine neue Politik für Gaza

Die israelische Blockadepolitik hat die Wirtschaft im Gazastreifen wirkungsvoll demontiert und die Bevölkerung in die Armut gedrängt. Israels Politik wirkt sich ohne Unterschied auf die gesamte Zivilbevölkerung des Gebietes aus und stellt eine kollektive Bestrafung gegen normale Männer, Frauen und Kinder dar. Die hier zurate gezogenen Maßnahmen sind laut den Bestimmungen des internationalen humanitären Völkerrechtes illegal.

Der Staat Israel hat das Recht und die Pflicht, sich selbst und seine Zivilbevölkerung gegen wahllose Raketenangriffe zu verteidigen. Aber die aktuelle Politik trägt nicht zur Verbesserung der Sicherheit in Israel bei und hat zur einer verstärkten Frontenbildung geführt. Wie auch der Vorsitzende des UNRWA bemerkte: „Hungrige, gesundheitlich angegriffene und verärgerte Gemeinden sind keine guten Partner für den Frieden.“

Die internationalen Bemühungen sollten sich auf ein zügiges Ende der Blockade des Gazastreifens richten. Israels gegenwärtige Politik der Isolation und seine Weigerung, mit allen Elementen der palästinensischen Führung in Kontakt zu treten, versperren lediglich den Weg zu Verhandlungen, während sie die politische und humanitäre Krise weiter vertiefen. Ein innerpalästinensischer Dialog und Versöhnung sind dringend nötig, um einen glaubwürdigen und effektiven Friedensprozess mit Israel in Gang zu bringen und aufrechtzuerhalten. Zur leichteren Durchführung eines solchen Unterfangens muss die internationale Gemeinschaft ihre politische Unterstützung aufbieten. Bis heute hat das allgemeine Versagen, die Lage in Gaza wirkungsvoll anzugehen, Palästinensern wie Israelis gleichermaßen geschadet und auch den breiteren Friedensprozess nachteilig beeinflusst.

Einführung

Die Situation der 1,5 Millionen Palästinenser im Gazastreifen ist schlimmer als je zuvor seit Beginn der israelischen Militärbesetzung im Jahr 1967. Die aktuelle Krise ist eine gewollt, wäre vollständig vermeidbar gewesen und könnte – mit dem nötigen politischen Willen – jederzeit wieder aufgehoben werden.

In Reaktion auf den Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006, deren faktische Machtübernahme im Gazastreifen 2007 und die fortgeführte und wahllose Abfeuerung von Raketen gegen Israel hat die israelische Regierung den Waren- und Personenverkehr nach und aus Gaza massiv beschränkt.

Dieser Bericht dokumentiert den Verfall der wirtschaftlichen und humanitären Kernindikatoren für den Gazastreifen. Mit Blick auf die Armut, die Abhängigkeit von Lebensmittelhilfen, die Arbeitslosigkeit, den Zugang zur Grundversorgung und zu medizinischem Bedarf sind wir Zeugen einer bislang beispiellosen humanitären Krise in Gaza. Aus der jahrzehntelangen Besetzung und den erst kürzlich verhängten internationalen Sanktionen gegen die Hamas-geführte PA (Palästinensische Autonomiebehörde) hat sich zwar ein beständiges Muster fortgesetzter Verschlechterung ergeben, doch durch die Blockade, die Israels Regierung in Reaktion auf die wahllosen Raketenangriffe gegen das Land verhängte, hat sich der Ernst der humanitären Lage vor Ort exponentiell verschärft.

Wir verurteilen die fortgeführten Raketenangriffe auf Israel. Der israelische Staat hat das Recht und die Pflicht seine Bürger zu schützen. Berücksichtigt man jedoch die humanitäre Situation, so zeigt sich, dass die israelische Blockadepolitik eine unverhältnismäßige Reaktion darstellt.

Diese humanitäre Krise ist das direkte Ergebnis einer kontinuierlichen kollektiven Bestrafung einfacher Männer, Frauen und Kinder, die nach internationalem Völkerrecht illegal ist¹⁷. Isolation und Armut brüten erhöhte Gewaltpotentiale aus, für die Palästinenser wie auch Israelis den Preis zahlen.

Als Besatzungsmacht ist der Staat Israel letztlich dafür verantwortlich, dass das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) sichergestellt ist, auch das der 1,5 Millionen Palästinenser im Gazastreifen, die allesamt zu den durch die Vierte Genfer Konvention geschützten Personen zählen.

Die Behauptung israelischer Regierungsvertreter, dass der Staat Israel rechtlich nicht mehr an das Besatzungsrecht gebunden sei, seitdem er seine Streitkräfte im Jahr 2005 an die Grenzlinie des Gazastreifens zurückgezogen hat, führt in die Irre. Israel behält sich die effektive Kontrolle des Gazastreifens weiter vor und übt diese durch die volle Kontrolle der Landesgrenzen, des Luftraums, der territorialen Gewässer und des Personen- und Güterverkehrs des Gebietes auch aus. Von daher sind die israelischen Behörden anhand der internationalen humanitären Völkerrechte und der internationalen Menschenrechte weiter an ihre Verpflichtung gebunden, das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten zu gewährleisten.

Trotz der schrittweisen Erhöhung internationaler Hilfen verarmt die Bevölkerung des Gazastreifens von Jahr zu Jahr immer mehr. Karen Koning Abu Zayd, die Leiterin des UNRWA warnte kürzlich:

„Gaza befindet sich kurz davor, das erste Territorium auf der Welt zu werden, das mit dem Wissen, der Einwilligung und – wie manche es nennen würden – sogar unter Ermutigung durch die internationale Gemeinschaft absichtlich in einen Zustand tiefster und bitterster Armut versetzt wird.“

¹⁷ Artikel 33, Vierte Genfer Konvention, von Israel im August 1949 unterzeichnet

Im Januar 2008 gab die britische Regierung an, dass sie die Schließung der Grenzen zum Gazastreifen durch den Staat Israel nicht unterstütze, weil dadurch die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern verhindert werde ¹⁸. Im Februar 2008 erklärte die Regierung außerdem, dass man durch die Reduzierung der Elektrizitätslieferungen nach Gaza das Risiko einer weiteren Verschärfung der humanitären Situation eingehe, ohne jedoch die Sicherheitslage zu verbessern ¹⁹.

Wie die Regierung des Vereinten Königreichs und verschiedene Menschenrechtsvertretungen glauben auch wir, dass solche Aussagen allein der Sache nicht Genüge tun können: Es müssen konkrete Schritte unternommen werden, um die Blockade des Gazastreifens zu beenden und die Politik wieder in Richtung eines umfassenden politischen Prozesses zu steuern, der die tiefverwurzelten Gründe der gegenwärtigen Krise einer adäquaten Lösung zuführt.

¹⁸ „Gaza: Gemeinsame Stellungnahme von FCO und DFID“, Ministerium für auswärtige Beziehungen und Commonwealth (FCO /Foreign & Commonwealth Office), 8. Februar 2008.
Das DFID (Department for international Development) ist die Abteilung für internationale Entwicklung der britischen Regierung.

¹⁹ Siehe Fußnote Nr. 18

Die humanitäre Krise

Die Spirale der Armut in Gaza

Die Armutsstatistiken für den Gazastreifen bilden die Verelendung der gesamten Einwohnerschaft ab. Heute sind über 80 % der Palästinenser in Gaza von humanitären Unterstützungsleistungen abhängig, im Jahr 2006 belief sich deren Anteil noch auf 63 %.

In weniger als 10 Jahren ist die Zahl der Familien, die auf die Lebensmittelhilfen des UNRWA angewiesen sind, um das Zehnfache gestiegen²⁰. Im Jahr 2008 werden 1,1 Millionen Menschen – rund drei Viertel der Bevölkerung des Gazastreifens - von humanitären Lebensmittelhilfen abhängen.

Die von Israel seit den frühen 90er Jahren immer wieder verhängten Abriegelungen kreierten ein Muster langfristiger und beständiger Erosion der palästinensischen Wirtschaft. Zudem wurden vor relativ kurzer Zeit die internationalen Hilfen an die bis Juni 2007 amtierende Palästinensische Autonomiebehörde ausgesetzt. Auch diese Sanktionen sind seit nunmehr 18 Monaten in Kraft. In einem solchen Kontext hat eine Blockade des Gazastreifens durch Israel eine zusätzlich lähmende Wirkung auf die palästinensische Wirtschaft und steht in direktem Zusammenhang zum Anstieg der Armutszahlen.

Diese steigen kontinuierlich an und die Vereinten Nationen sagen voraus, dass die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe "noch weit über das aktuelle Maß von 80 % der Bevölkerung hinaus ansteigen wird."²¹ Nach Angaben des Welternährungsprogramms sind die Einkommen der mittleren Haushalte allein zwischen Juni und September 2007 – also in nur vier Monaten – um rund 22 % gefallen. Im gleich Zeitraum stieg die Zahl der Haushalte, die weniger als 1,20 \$ pro Person und Tag verdienten von 55 % auf 70 % an. Das staatliche Existenzminimum liegt bei 2,30 \$ pro Tag

Für das Jahr 2008 haben die Vereinten Nationen den größten humanitären Spendenaufruf aller Zeiten in Höhe von 462 Millionen US-\$ für die palästinensische Bevölkerung gestartet. Diese

Summe liegt rund doppelt so hoch wie im Jahr 2006 und ist hinter den Unterstützungsaufrufen für den Sudan und die Demokratische Republik Kongo die dritthöchste UN-Zahlung überhaupt²². Zudem verpflichteten sich internationale Geberländer für die nächsten drei Jahre zu Hilfen in Höhe von 7 Milliarden US-\$ an die Palästinenser.

Damit erhalten die Palästinenser höhere Unterstützungsleistungen als jemals zuvor. Trotzdem setzt sich die Verschärfung der humanitären Lage immer weiter fort. Kontinuierliche Hilfsleistungen sind überlebensnotwendig, um der anwachsenden humanitären Krise im Gazastreifen zu begegnen. Eine Lösung sind sie jedoch nicht.

Eine gefangene Bevölkerung

Derzeit ist nicht eindeutig festgelegt, welche Güter als überlebensnotwendige humanitäre Hilfen für Gaza gelten. Humanitäre Hilfsorganisationen in den besetzten palästinensischen Gebieten haben eine Liste der spezifischen humanitären Güter zusammengestellt, die für das Überleben und den Lebensunterhalt der Mehrheit der Bevölkerung – besonders der Schwächsten wie der Kinder, der Kranken und Alten - unentbehrlich sind. Leider hat die Regierung des Staates Israel es nicht erlaubt, dass diese Produkte in den Gazastreifen geliefert werden.

Im Januar 2008 strömte beinahe die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens über die Grenze nach Ägypten. Diese von einigen Kommentatoren als „Gefängnisausbruch“ beschriebene Massenbewegung war der Ausdruck einer Verzweiflung, die 1,5 Millionen von Not und Mangelversorgung getriebene und faktisch im Gazastreifen gefangen gehaltene Palästinenser über die vergangenen acht Monate durchlebt hatten.

Der Verkehr in und aus dem Gazastreifen ist so gut wie unmöglich gemacht. Nahrungsmittel- und Wasserlieferungen, die Entsorgung und Klärung von Abwässern sowie grundlegende gesundheitliche Dienste können heute nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

²⁰ Gegenwärtig stellt das UNRWA Nahrungsmittelhilfen für 182.000 Familien (ungefähr 860.000 Menschen) im Gaza zur Verfügung. Über das Welternährungsprogramm (WFP / World Food Programme) werden weitere 302.000 Personen versorgt, was eine Gesamtzahl von 1,1 Millionen Menschen ergibt. Im Jahr 1999 hatten lediglich 16.174 Familien im Gazastreifen die Lebensmittelhilfen des UNRWA in Anspruch nehmen müssen

²¹ UN-Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten, „Die Abriegelung des Gazastreifens: Die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen“, OCHA Sonderfokus, Dezember 2007

²² UN-Büro zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten, Gemeinsame Appellverfahren (Consolidated Appeals Process / CAP): Appell 2008 für das besetzte palästinensische Gebiet, 2008

Durch die Blockade und den Kollaps der Wirtschaft ist nur wenig Geld zum Lebensmittelkauf vorhanden, auch sind die verfügbaren Bestände an Nahrungsmitteln recht begrenzt. Die Lebensmittelpreise steigen kontinuierlich an, und Weizenmehl, Babynahrung und Küchenöle sind immer schwerer zu bekommen.

Die israelische Isolationspolitik ist in Gaza nichts Neues. Seit den frühen 90er-Jahren sind immer wieder solche Abriegelungen über das Gebiet verhängt worden. Im November 2005 einigten sich Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde nach etlichen Verhandlungen auf eine Vereinbarung über den Verkehr und den Zugang zum Gazastreifen (Agreement on Movement and Access / AMA). Ziel dieses Abkommens war es, den dort lebenden Menschen Bewegungsfreiheit, Handel und ein normales Leben zu ermöglichen,

Israel erklärte, dass der Grenzübergang Karni, die kommerzielle Lebensader des Gazastreifens, bis Ende 2006 vollständig in Betrieb gehen werde und dass dort täglich 400 Fahrzeuge mit Exportwaren abgefertigt würden.

Inzwischen ist die Zahl der Lastfahrzeuge, die kommerzielle oder humanitäre Lieferungen für den Gazastreifen transportieren, stark abgefallen. In den Monaten vor der Blockade überquerten am Übergang Sufa täglich rund 250 Lieferwagen die Grenze nach Gaza. Gegenwärtig können dort nur maximal 45 Laster pro Tag abgefertigt werden. Zumeist wird diese Zahl nicht einmal erreicht.

Aufgrund der israelischen Einmärsche hat der Agrarsektor in Beit Lahiya im nördlichen Gazastreifen zahlreiche Schläge erlitten. Obstaine, Felder und Polytunnel²³ wurden zerstört. Den Bauern bleibt gar keine andere Wahl, als direktvermarktete Erntepflanzen wie Erdbeeren oder Kartoffeln anzubauen, weil nur diese der israelischen Vorgabe einer maximalen Pflanzhöhe von 40 Zentimetern entsprechen.

Die Aufzucht dieser Pflanzen ist jedoch kostenintensiv und trifft auf erreichbaren Exportmärkten nur schwerlich auf verlässliche Abnehmer. Durch die fortgesetzte israelische Grenzabriegelungspolitik, die verhindert, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Gaza, wie etwa Erdbeeren, die EU-Märkte erreichen, sind viele Bauern zusätzlich geknebelt.

²³ Ein Polytunnel ist ein aus Polyethylen hergestellter Tunnel zur Aufzucht von Pflanzen, die eine im Vergleich zu ihrer normalen Umgebung erhöhte Temperatur und/oder Feuchtigkeit für das Wachstum benötigen. Sie werden vor allem in gemäßigten Klimazonen verwendet und sind vom Prinzip her mit Gewächshäusern und anderen Pflanzenschutzabdeckungen vergleichbar

²⁴ PalTrade Gaza, 20. Februar 2007

„Im Moment bauen wir Erdbeeren an, aber wir wissen nicht, was wir mit ihnen anfangen werden, wenn sie reif sind. Wenn die Grenze noch eine weitere Woche lang geschlossen bleibt und es zu regnen anfängt, wird der Regen unsere Ernte beschädigen und die Früchte verrotten lassen. Die Bauern werden das investierte Kapital verlieren und in tiefe Schulden geraten.“

Mohammed, 42, Erdbeerfarmer und Mitglied der Landwirtschaftlichen Kooperative von Beit Lahiya

Während die Verhandlungen zur Beendigung der Blockade laufen, sollte Israel als eine kurzfristige Sofortmaßnahme zur Milderung der humanitären Krise in Gaza seine sehr enge Definition dessen lockern, was als unentbehrliche humanitäre Hilfe gilt und was nicht. Dies sollte auch die Wiederaufnahme der Treibstoff- und Stromimporte in den Gazastreifen beinhalten, so dass die Menschen wieder kochen und Elektrizitätswerke, Ambulanzwagen, Schulbusse, Projektfahrzeuge und das Transportwesen ganz allgemein ihren Betrieb wieder aufnehmen können. Umgerechnet auf den Bedarf einer 5-Tage-Woche wären dazu folgende Mindestlieferungen an Treibstoff notwendig²⁴:

Kochgas	250-300 Tonnen pro Tag
Diesel für den Industriebedarf	700.000 Liter pro Tag für den Betrieb des Elektrizitätswerks und 400.000 Liter pro Tag zur Aufstockung der Reserven (unentbehrlich für Gazas Elektrizitätswerk)
Diesel	250.000 – 300.000 Liter pro Tag
Kraftstoffe für Autos und Sanitätswagen	100,000 to 150,000 Liter pro Tag

Um kurzfristig sicherzustellen, dass die Bewohner Gazas Löhne erhalten, mit denen sie ihre Familie ernähren können, und um zu verhindern, dass die Abhängigkeit von Nahrungshilfen noch zunimmt, muss der Bevölkerung Gazas ermöglicht werden, wichtige Gebrauchsartikel für die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu importieren und ebenso ihre eigenen Produkte zu exportieren.

Zu diesem Zweck muss für die kommenden sechs Monate der Import von 500 Wagenfuhren und der Export von 200 Fuhren pro Tag gestattet werden. Sobald die Produktion wieder in Gang gekommen ist und die Parteien nicht mehr in der Lage sind, die Versorgung einzuschränken, sollte man diese Mengen auf 600 bis 700 Importladungen und 400 Fuhren für den Export anheben²⁵. Gleichermaßen sind Schritte zu ergreifen, um die Wiederöffnung der Grenzübergänge des Gazastreifens gemäß den Vereinbarungen über den Verkehr und Zugang zum Gazastreifen (AMA / Agreement on Movement and Access) sicherzustellen, wie sie im Jahr 2005 unter Vermittlung der USA und der EU ausgehandelt wurden. Die Bemühungen zur Sicherstellung einer vollen Umsetzung der AMA sollten wieder aufgenommen werden. Jegliche Verhandlungen müssen gewährleisten, dass alle zukünftigen Vereinbarungen die vollständigen Voraussetzungen sowohl für den Im- und Export von Waren als auch für den freien Verkehr von Personen schaffen.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch

Die Wirtschaft des Gazastreifens steht nicht mehr am Rande des Zusammenbruchs – sie ist bereits kollabiert. Die Mehrheit der privaten Unternehmen hat innerhalb der letzten sechs Monate ihre Tore geschlossen, und 95 % der Industrieproduktion sind aufgrund des Verbotes von Rohstoffimporten und der Ausfuhrblockade ruhig gestellt²⁶. Ganze Wirtschaftszweige, einschließlich des Bau- und des Agrarsektors, haben das Ende der Fahnenstange erreicht. Von 3.900 Fabriken mussten in den letzten sechs Monaten 3.500 schließen, was zum Verlust von insgesamt rund 75.000 Arbeitsplätzen in der privaten Wirtschaft führte²⁷. Nach Weltbankdaten wird das Wirtschaftswachstum selbst bei Auszahlung aller Zuschüsse, die auf der Pariser Konferenz bewilligt wurden, weiter in den roten Zahlen bleiben, wenn die Einschränkungen des Verkehrs in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht gelockert werden²⁸.

Im Juni 2005 verließen 748 Exportladungen den Gazastreifen nach Israel und in andere Länder.

Einen Monat später war es keine einzige mehr. Im Dezember 2007 durften – auf nicht unerheblichen internationalen Druck hin – begrenzte Mengen an Erdbeeren und Nelkenblumen das Land verlassen, jedoch nicht genug, um den Lebensunterhalt der palästinensischen Bauern zu sichern²⁹.

Solange die Blockade des Gazastreifens in Kraft bleibt, ist jede Form von wirtschaftlicher Erholung in dem palästinensischen Gebiet unmöglich. Und auch nach ihrer Aufhebung wird es noch Jahre dauern, bis die Schäden der letzten sechs Monate behoben, die Infrastruktur wiederaufgebaut und die Produktivität wiederhergestellt sind. Ohne eine funktionierende Wirtschaft ist internationale Hilfe für den Gazastreifen als reine Überbrückungsmaßnahme zu verstehen.

Millionen europäischer Gelder – auch aus den Taschen der Steuerzahler – werden nicht für die wirtschaftliche Erholung, die Entwicklung und für Friedensinitiativen ausgegeben, sondern lediglich zum Erhalt der Grundsicherung des Lebensunterhalts im Gazastreifen verbraucht. Zwischenzeitlich erfreut sich der Staat Israel über die letzten vier Jahre hinweg einer der leistungsstärksten Volkswirtschaften der Welt, mit einer stabilen jährlichen Wachstumsrate von 5 %³⁰.

„Hier in Bureij (ein Flüchtlingslager in Zentralgaza) herrscht ein großer Mangel an Früchten ... Ohne die Lieferungen aus Israel können wir nicht überleben. Unser Überleben hängt von den Israelis ab, weil wir keine eigenen Treibstoff- oder Nahrungsmittelbestände mehr haben. Was sollen wir denn essen, wenn sie die Grenzen schließen?“; sagte Sanaa.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Strangulation des Gebietes werden auch die wechselseitigen ökonomischen Bande zerstört, die es zwischen Israel und dem Gazastreifen immer gegeben hat. Im September 2000, kurz vor dem Ausbruch der zweiten Palästinensischen Intifada und vor der Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten, überquerten noch täglich 24.000 Palästinenser die Grenze nach Israel, um dort zu arbeiten³¹.

²⁵ Siehe Fußnote Nr. 24

²⁶ Weltbank, „In die palästinensische Wirtschaftsreform und Entwicklung investieren“, 17. Dezember 2007

²⁷ „Die Abriegelung des Gazastreifens: Die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen“, OCHA Sonderfokus, Dezember 2007

²⁸ „In die palästinensische Wirtschaftsreform und Entwicklung investieren: Bericht an die Bürgerschaftskonferenz“, Weltbank, 17. Dezember 2007

²⁹ Siehe Fußnote Nr. 28, Seite 8

³⁰ „Die israelische Wirtschaft: Gedeihen in einer komplizierten Umgebung“, Fischer, S., Rede vor dem Rat für auswärtige Beziehungen, 18. Oktober 2007

³¹ *West Bank and Gaza Update*, (regelmäßige Wirtschaftsdaten) Weltbank, September 2006

Heute liegt deren Zahl bei Null. Die Kombination aus dem Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen und der Beschäftigungslosigkeit im Gazastreifen hat nun fast 40 % der Bevölkerung erreicht ³².

Das Ein- und Ausfuhrverbot hat sich auch negativ auf israelische Industriezweige und Unternehmen ausgewirkt, die vom Handel mit Gaza abhängen. Kurz, die Geschäftskontakte zwischen Israel und den Palästinensern, die eine potentielle Basis für die langfristige wirtschaftliche Stabilität wie auch für eine friedliche Koexistenz beider Völker bilden könnten, werden womöglich unwiederbringlich zerstört.

Die für Mai 2008 anstehende israelisch-palästinensische Handelskonferenz bietet eine hochnotwendige Gelegenheit, diese Problemfelder zu diskutieren. Um zum Gelingen dieser Tagung beizutragen, sollte der Sonderbeauftragte des Quartetts, Tony Blair, gewährleisten, dass die Grundursachen wirtschaftlicher Verwahrlosung – die Verkehrs- und Zugangsbeschränkungen in Gazastreifen und Westbank – in vorderster Front angesprochen und ernsthaft angegangen werden. Das Quartett sollte offen anerkennen, dass wirtschaftliche Erholung und Wachstum nur möglich sein werden, wenn die Blockade des Gazastreifens und die Abriegelungen in der Westbank aufgehoben werden.

Stromausfälle in Gaza

Das größte Elektrizitätswerk des Gazastreifens wird zur Zeit mit Dieseltreibstoff aus internationalen Hilfslieferungen der Europäischen Union an das palästinensische Volk betrieben. Die von der EU zur Verfügung gestellten 2,2 Millionen Liter Öl pro Woche reichen für einen Volllastbetrieb des Elektrizitätswerk nicht aus, doch die israelische Regierung verhindert, dass die Liefermenge auch nur geringfügig erhöht wird ³³.

Das Elektrizitätswerk Gaza kann 140 mW Strom erzeugen – genug zur stabilen Stromversorgung der Stadt Gaza und eines Teils des mittleren

Gazastreifens – doch seit Israel im Juni 2006 die ursprünglichen Transformatoren zerstört hat, ist die Lieferkapazität der Anlage um fast zwei Drittel gesunken. Heute liegt die Kapazität des Werkes bei 80 mW, doch durch die israelischen Einfuhrbeschränkungen auf Industrietreibstoffe werden real nur 55 bis 65 mW Strom erzeugt ³⁴.

Derzeit herrscht in Gaza ein Elektrizitätsdefizit von 20 %, mit ernststen Folgewirkungen für den Betrieb von Krankenhäusern, Kläranlagen und anderen öffentlichen Versorgungseinrichtungen. Da der Staat Israel sowohl die Strom- wie auch die Treibstofflieferungen an den Gazastreifen im Februar 2008 zu kürzen begonnen hat, wird sich eine weitere erhebliche Verschlechterung der Lage kaum verhindern lassen.

Durch die fehlenden Elektrizitätsmengen befindet sich das Stromnetz fast immer in Unterspannung. Um zumindest die für den Betrieb der meisten Geräte und Anlagen nötige Niederspannung zu erreichen, wird zunehmend auf dieselbetriebene Generatoren vertraut. Solche Generatoren sind in vielen Normalhaushalten, Krankenhäusern und in den Abwassernetzen zu finden. Zurzeit stellen sie die einzige Alternative zu den Stromausfällen dar und können ohne ausreichende Treibstoffmengen und ohne die freie Verfügbarkeit von Ersatzteilen nicht betrieben werden.

Keine Wasserwerke

Die CMWU (Coastal Municipalities Water Utility / die Gemeinnützigen Wasserbetriebe der Küstengemeinden) beliefern den gesamten Gazastreifen mit Trinkwasser und sind mit der Entsorgung und Klärung der Abwässer betraut.

Ohne Treibstoff, Elektrizität und eine ordentliche Wartung kann dieses Netzwerk nicht reibungslos funktionieren, was die folgenden, sofortigen und direkten Auswirkungen zeigt:

³² Die genaue Zahl liegt bei 37.6 %, PCBS (Palestinian Central Bureau of Statistics / Palästinensisches Zentralamt für Statistik) 2007

³³ GISHA - Legal Center for Freedom of Movement (Rechtsberatungsstelle für die Freiheit der Bewegung), Inoffizielle Übersetzung des Urteils des Obersten Gerichtshofs ins Englische, Februar 2008. Die Non-Profit-Organisation Gisha, deren Name sowohl "Zugang" wie auch "Annäherung" bedeutet leistet rechtliche Beratung und Unterstützung für Menschen, die von Verkehrsbeschränkungen betroffen sind.

³⁴ Oxfam Jerusalem/ Das Elektrizitätswerk Gaza / Stromvertriebsgesellschaft Gaza (Gaza Electricity Distribution Company), 2008. Das Oxforder Hungerhilfekomitee (OXford Committee for FAMine Relief) wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegründet. Es besteht heute aus 13 nationalen Oxfam-Hilfsorganisationen, die in dem Verbund von Oxfam International zusammenarbeiten und weltweit die Armut bekämpfen.

- ▶ Niederstromspannungslast, die Verwendung von Stromgeneratoren für den Betrieb von Brunnen und Abwasserpumpen. Da diesen der Dieseltreibstoff ausgeht, funktionieren die Brunnen nicht mehr, und die Trinkwasserversorgung schaltet ab. Nach Schätzungen der CMWU haben zwischen 25 % und 30 % der Bevölkerung des Gazastreifens zur Zeit kein fließendes Wasser zu Hause. Vor der Blockade war die CMWU in der Lage 100 % ihrer Nutzer mit Trinkwasser zu versorgen, wenn genug Treibstoff für den Niederstrombetrieb vorhanden war.
- ▶ Die Abwasserpumpstationen pumpen immer weniger Abwässer in die Kläranlagen. In der Folge fließen täglich rund 30 bis 40 Millionen Liter ungeklärter Abwässer ins Meer, weil der Treibstoff zum Betrieb der Pumpen und Kläranlagen fehlt.

Die öffentliche Infrastruktur des Gazastreifens wird zerstört

Die israelische Regierung verhindert, dass die Infrastruktur der Elektrizitäts- und Wasserdienste in Gaza repariert und instandgehalten werden, indem sie den Import von Ersatzteilen verbietet.

Die Folgen hiervon werden verstärkt durch die strafweise Beschränkung der Treibstoff- und Elektrizitätslieferungen in den Gazastreifen, die Israel parallel dazu verhängt hat. Krankenhäuser können keinen Strom erzeugen, um ihre lebenserhaltenden Geräte zu betreiben und Sauerstoff herzustellen, während sich gleichzeitig ungeklärte Abwässer unentwegt ins Meer ergießen.

Dieser zweigleisige Angriff auf die grundlegenden Versorgungsdienste führt in seiner Wirkung zur systematischen Zerstörung der Infrastruktur der Wasser- und Abwassernetze und -anlagen des Gazastreifens.

Der Verfall des Gesundheitssystems im Gazastreifen

Die medizinische Versorgung der 1,5 Millionen Menschen in Gaza hat sich auf zwei Ebenen verschlechtert: in Bezug auf die Bereitstellung gesundheitlicher Dienste innerhalb Gazas und hinsichtlich des Zugangs zu Behandlungen im Ausland.

Eine Folge der eingeschränkten Treibstoff- und Elektrizitätszufuhr ist, dass die Krankenhäuser derzeit mit Stromausfällen von acht bis zwölf Stunden täglich zu kämpfen haben. Daraus entsteht eine Abhängigkeit von Generatoren, um den Betrieb der wichtigsten medizinischen Anlagen sowie die Durchführung überlebensnotwendiger chirurgischer Eingriffe und Heilbehandlungen zu gewährleisten. Aktuelle Berichte sprechen von einer Verknappung des Dieseltreibstoffs für die Krankenhausgeneratoren von 60 bis 70 %.

Außerdem hat der ungewohnt häufige Einsatz dieser Geräte in den Krankenhäusern zu einem erhöhten Instandhaltungs- und Austauschbedarf geführt, der aufgrund fehlender Ersatzteile und Neugeräte jedoch so gut wie nicht zu erfüllen ist.

In seiner Eigenschaft als Besatzungsmacht steht der israelische Staat in der Pflicht, das Recht auf medizinische Versorgung der Bevölkerung Gazas ohne jede Benachteiligung zu garantieren. Dazu gehört ebenso der Zugang zu einer rechtzeitigen, und hochwertigen medizinischen Behandlung wie auch die Gewähr einer ungehinderten Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Bedarfsgütern und Medikamenten.

Die Verweigerung der Behandlung von Notfällen außerhalb des Gazastreifens

Angesichts der zunehmenden Krise des internen Gesundheitswesens gestaltet sich der Zugang zu Behandlungen außerhalb des Gazastreifens noch schwieriger. hinzu kommt, dass lebenserhaltende Behandlungen wie Chemotherapien in Gaza nicht erhältlich sind.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde im Jahr 2007 18,5 % der Patienten, die eine Notfallbehandlung in Krankenhäusern außerhalb Gazas beantragten, das Ausreisevisum verweigert.

Diese Zahl stellt den Gesamtjahresdurchschnitt dar. Im monatlichen Vergleich zeigt sich, dass der Anteil von Patienten, die ein Ausreisevisum zur medizinischen Behandlung im Ausland erhalten haben, von 83,5 % im Januar 2007 auf 64,3 % im Dezember 2007 gesunken ist und damit ein bislang unerreicht niedriges Niveau erreicht hat.

Hier ist wichtig festzuhalten, dass an den Grenzübergängen zuweilen selbst jenen Patienten der Zugang verwehrt wird, die eine Genehmigung zur Ausreise aus dem Gazastreifen erhalten haben.

27 solcher Fälle wurden allein im Monat Oktober bekannt. Verzögerungen und Ablehnungen bei der Visavergabe haben zum Tod von Dutzenden Patienten geführt, entweder in den Hospitälern des Gazastreifens oder am Grenzübergang Erez selbst. Die WHO hat den Zugang von Patienten zu fachärztlichen Diensten, die im Gazastreifen nicht verfügbar sind, dokumentiert.

Ein wichtiger, seit Oktober 2007 beobachteter Indikator ist die Zahl der Patienten, die aufgrund des mangelnden Zugangs zu weiterführenden Spezialbehandlungen verstorben sind. Für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2007 hat die WHO 20 Fälle von Patienten bestätigt, darunter auch fünf Kinder, deren Tod auf diesen Umstand zurückzuführen ist

Munir lebt mit seiner Frau Sanaa und den sechs Söhnen des Ehepaars in den Außenbezirken des Flüchtlingslagers Al-Bureij in Zentralgaza. Munir ist tödlich erkrankt. Er leidet an einem Schilddrüsenkarzinom, das schon andere Teile seines Körpers befallen hat. Da er kein Visum zur Ausreise nach Israel oder Jordanien bekommen kann, ist ihm der Zugang zu einer Chemotherapie seit Monaten versperrt. Zudem leiden zwei seiner Söhne an der Bluterkrankheit.

Ich leide unter einem Schilddrüsenkarzinom in fortgeschrittenem Stadium. Die Metastasen sind schon bis in meine Lymphknoten am Hals und in den Schultern gewandert. Diese aggressive Form des Krebses hat man mir vor vier Jahren diagnostiziert.

Ich hatte mich schon eine Zeitlang unwohl gefühlt, doch in Gaza gibt es keine Möglichkeit zur Krebserkennung. Also bin ich dafür nach Jordanien gereist und dann nach Ägypten, wo der Tumor schließlich entdeckt wurde. Für meine Fahrten zur Behandlung in Jordanien habe ich immer die Grenze von Rafah genutzt, aber die ist jetzt geschlossen. Ich wurde zur Chemotherapie nach Israel überwiesen, doch die gegen Gaza verhängten Sperren machen eine Ausreise sehr schwer. Ich habe um eine Überweisung nach Jordanien gebeten, aber die Israelis werden mir aus „Sicherheitsgründen“ keine Genehmigung erteilen.

Zwei meiner Söhne leiden an Hämophilie Typ B (eine Bluterkrankheit mit einem Mangel an aktivem Gerinnungsfaktor IX). Bis vor sechs Monaten fuhren sie zur Behandlung nach Israel. Mein ältester Sohn Hamed ist 22 Jahre alt. Er verbringt drei Tage die Woche im Shifa-Hospital (das zentrale Krankenhaus Gazas), das die durch seine Krankheit verursachten, schweren Gelenkblutungen behandelt.

Manchmal, wenn die Blutungen massiv sind, muss er jeden Tag zur Bluttransfusion. Aber im Shifa sind die Medikamente für seine Behandlung knapp. Zudem ist es sehr schwer für ihn, dorthin zu kommen, weil er allein fahren muss und nicht richtig gehen kann.

Er benutzt seinen elektrischen Rollstuhl, um zur Hauptstraße zu gelangen und fährt dann mit dem Bus oder Taxi weiter zum Krankenhaus in Gaza-Stadt. Früher hat meine Frau ihn zur Behandlung in Israel begleitet, aber jetzt hat ihm der Staat Israel sechs Monate lang die Erlaubnis verweigert.

Wann hat Ihre letzte Chemotherapiesitzung stattgefunden?

Im Juli hätte ich zur Chemotherapie nach Israel fahren sollen, aber man hat mir keine Einreiseerlaubnis gewährt.

‘Ich leide unter einem Schilddrüsenkarzinom in fortgeschrittenem Stadium ...der Krebs hat sich schon bis in meinen Nacken verbreitet...’

Geben die israelischen Behörden einen Grund an, warum sie Ihnen die Einreise zur die Behandlung verweigern?

Außer den „Sicherheitsfragen“ nennen sie keinen Grund.

Könnten Sie eine solche Behandlung auch in Gaza bekommen?

Nein, die Dosis, die ich benötige ist hier nicht zu bekommen. Das Shifa-Hospital kann eine solche Behandlung nicht durchführen.

Es gibt viele Krebspatienten in Gaza, die eine Strahlentherapie benötigten, aber so etwas gibt es hier nicht. Also nehmen sie flüssige Alternativmedikamente ein. Alle drei Monate, immer wenn ich die flüssige Dosis einnehme, muss ich mich für drei Tage in einen isolierten Raum zurückziehen. Wegen der Strahlenbelastung darf niemand den Raum betreten. Also stellt mir meine Frau etwas zu essen vor die Tür.

Können Sie noch arbeiten?

Normalerweise bin ich Fahrer, aber jetzt kann ich nicht arbeiten. Ich kann mich nicht bewegen und meine Gesundheit wird immer schlechter. Der Tumor, den sie bei der Operation fanden, war so groß, dass er sich bis in meine Schultern verbreitet und die Nerven in meinen Armen angegriffen hatte. Dadurch bin ich nicht in der Lage zu arbeiten.

Vorhin war ich im Shifa-Hospital, doch wegen der fehlenden Vorräte, hatten sie die Medizin, die ich brauche, nicht da. Ich sollte auch geröntgt werden, aber das Gerät funktionierte nicht, weil keine Ersatzteile mehr nach Gaza geliefert werden dürfen. Durch die Chemotherapie bricht einer meiner Lungenflügel

zusammen und durch die Metastasen geht es mir nicht nur körperlich sondern auch gefühlsmäßig immer schlechter. Irgendwann werde ich meine Familie alleine lassen, und ich kann nichts tun, um die nötige Behandlung zu bekommen. Ich bin am Boden zerstört.

‘Ich werde meine Familie alleine lassen und ich kann nichts tunich bin am Boden zerstört.’

Die Therapie, die ich brauche, bekomme ich einfach nicht. Ich sterbe langsam. Ich bin sehr müde. Wenn ich im Fernsehen Menschen sterben sehe, dann macht mich das völlig fertig.

Auch meine Bronchien sind krank, und ohne Medikamente kann ich nicht richtig sprechen. Aber diese Medikamente gibt es hier in Gaza nicht.

Wie wirkt sich das auf Ihre Familie aus?

(Gegen die Tränen kämpfend war Munir nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. Er schüttelte nur mit dem Kopf.)

Wie viel verdienen sie im Monat?

Wir erhalten Lebensmittelhilfen vom UNRWA, und einige Freunde unterstützen uns, damit einer unserer Söhne auf die Universität gehen kann. Aber wir wohnen zur Miete, und jeder Monat ist wie ein Kampf.

Kinder zahlen den Preis für die Isolation des Gazastreifens

Auf die Kinder, die über 56 % der Bevölkerung Gazas stellen, wirkt sich die Isolation mit enormen Folgen aus.

In den letzten fünf Monaten haben beinahe 2.000 Kinder die Schule abgebrochen, weil ihre Eltern sie nicht mehr in die Schule schicken können. Gleichzeitig werden die Unterrichtsstunden in ganz Gaza immer wieder durch Stromausfälle unterbrochen und die täglichen Schulstunden gekürzt³⁵. Das neue Schuljahr begann dank der Blockade mit einem Mangel an Schulbüchern und anderen Lehrmitteln³⁶.

Im September 2007 enthüllte eine UNRWA-Studie in Gaza, dass die Durchfallquote von Schülern der vierten bis neunten Klasse bei fast 80 % liegt, wobei die Durchfallquote im Fach Mathematik gar an die 90 % - Marke heranreicht. Im Januar 2008 berichtete die UNICEF, dass die Schulen in Gaza all jene Kurse ausfallen ließen, die mit hohem Stromverbrauch verbunden sind, wie zum Beispiel den IT-Unterricht, die wissenschaftlichen Laborstunden und sämtliche Aktivitäten, die nicht im normalen Lehrplan enthalten sind.

Wie der Leiter der UNRWA-Missionen in Gaza, John Ging, es fasste: "Was wir hier sehen, ist der Zusammenbruch der Bildungsstandards aufgrund der gebündelten Folgewirkungen der Besatzung, der Abriegelung, der Armut und der Gewalt".³⁷

³⁵ "In Gaza brechen Tausende von Kindern die Schule ab, während die fortgeführte Blockade die humanitäre Krise verschärft", Save the Children UK (Rettet die Kinder), 7. Februar 2008

³⁶ UN, Humanitarian Monitor (monatlicher Bericht der Vereinten Nationen zur humanitären Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten), September 2007

³⁷ Pressemitteilung von John Ging, Direktor der UNRWA-Operationen in Gaza, 5. September 2007, siehe: http://www.un.org/unrwa/news/releases/pr-2007/gaza_5Sep07.pdf

"Die Winterferien ohne Strom waren furchtbar. Jeden Tag ist der Strom für mehr als acht Stunden ausgefallen und erst wieder eingeschaltet worden, als wir schon schliefen."

"In den Winterferien bin ich mit meiner Mutter sonst immer neue Sachen kaufen gegangen. Diesmal nicht. Es ist einfach nichts auf dem Markt. Die Kleidungsstücke, die man finden konnte, waren entweder nicht sehr schön oder sehr teuer. Auch die Öffnung der Grenze von Rafah hat nur wenige Waren auf den Markt gebracht - und auch die sind sehr teuer."

"Unter der batteriebetriebenen Leuchte kann ich meine Hausaufgaben nicht machen. Das Licht ist zu schwach und geht mir auf die Augen. Außerdem kann ich mich dabei nicht konzentrieren, weil immer die ganze Familie um das Licht versammelt sitzt."

"Wegen der Stromausfälle können wir in der Schule das wissenschaftliche Labor oder die Computer manchmal nicht benutzen. Das macht es uns schwer, den Unterrichtsstoff zu verstehen."

"Die Stromausfälle beeinträchtigen unseren Unterricht so sehr."

Asma, 15, eine Zehntklässlerin der Thatalsawari Schule in Gaza

Gescheiterte Sicherheitsstrategie

Israel behält faktisch die effektive Kontrolle des Gazastreifens bei und übt diese durch die vollständige Kontrolle der territorialen Grenzen, des Luftraums, der territorialen Hoheitsgewässer und des Personen- und Warenverkehrs des Gebietes auch aus. Daher sind die israelischen Behörden anhand der internationalen humanitären Völkerrechte und der internationalen Menschenrechte an ihre Verpflichtung gebunden, das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung in den OPT zu gewährleisten.

Die Verhängung einer Blockade in Reaktion auf die wahllosen Raketenangriffe auf israelisches Gebiet stellt eine Vergeltungsmaßnahme gegen eine Zivilbevölkerung dar und ist durch das internationale humanitäre Völkerrecht verboten.

Die israelische Regierung ist verpflichtet, die Bürger ihres Landes vor Raketenangriffen aus Gaza zu schützen. Wenn allerdings die Blockade des Gazastreifens dazu dienen soll, die palästinensischen Raketenangriffe zu stoppen und die Bevölkerung Gazas in eine ablehnende Haltung gegenüber Hamas zu zwingen, dann versagt sie auf ganzer Linie³⁸. Die gegenwärtige Strategie der Isolation und Blockade hat nicht zu dem Erfolg geführt, dass die Angriffe mit Qassam-Raketen beendet und Israels Sicherheit gestärkt wären. Wenn sie überhaupt eine Wirkung zeigt, dann hat sie zu einer verstärkten Polarisierung auf Kosten sowohl der israelischen wie der palästinensischen Zivilbevölkerung und deren Sicherheit geführt.

Die Sicherheit der Israelis und der Palästinenser stellt eine untrennbare Einheit dar: die eine hängt von der anderen ab. Die individuellen, nationalen, wirtschaftlichen und inneren Sicherheiten beider bilden im wesentlichen einen Verbund.

Die meisten Lebensbereiche der Palästinenser in Gaza sind von Unsicherheit geprägt: militärische Präsenz und Attacken, extralegale Hinrichtungen, Landverlust, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Trinkwasserknappheit, Arbeitslosigkeit und Barrieren auf dem Weg zu medizinischer Versorgung und Bildung.

Für Israelis stellt die tagtägliche Bedrohung durch Selbstmordattentate, Raketenangriffe und andere militante Aktionen eine stete Quelle der Unsicherheit dar.

Ein Frieden wird nicht erreicht werden, indem man 1,5 Millionen Menschen in ein Gefängnis sperrt, in dem Armut und Not immer weiter eskalieren. Die Unfähigkeit, eine solche Isolationspolitik aufzugeben, wird den Kreislauf aus wachsender Armut und zunehmendem Extremismus eher stärken als ihn einem Ende zuzuführen.

³⁸ Die israelische Regierung hat wiederholt zu verstehen gegeben, dass die Einschränkungen der Bevölkerung des Gazastreifens in Reaktion auf die regelmäßigen Abschüsse sogenannter Qassam-Raketen durch die bewaffneten palästinensische Gruppen von Gaza aus auf israelisches Gebiet erfolgen. Diese steuerungslosen Raketen haben in den letzten vier Jahren elf israelische Zivilisten in Sderot getötet, die dortige Bevölkerung in Angst versetzt und die wirtschaftliche Lage der Stadt geschädigt. Die israelische Armee revanchiert sich durch häufige Bombardierungen aus der Luft und Artillerieangriffe, bei denen alleine seit letztem Jahr Hunderte von Palästinensern, darunter etliche Kinder, getötet wurden.

Risiken der Unverbindlichkeit

Die internationale Politik der Isolation der Hamas hat keinerlei Früchte getragen. Im Gegenteil, sie hat mit Blick auf die besetzten palästinensischen Gebiete eine wachsende Verhärtung der Fronten erzeugt und die politischen Verhandlungen mit Israel in eine Sackgasse geführt.

Zur Begründung und zum Erhalt eines glaubhaften und wirksamen Friedensprozesses mit Israel sind an erster Stelle der innerpalästinensische Dialog und die Versöhnung dringend gefordert.

Es liegt im Interesse aller Konfliktparteien, dass sowohl das Westjordanland wie der Gazastreifen in den politischen Prozess eingebunden sind.

Die Politik der Isolation und die Weigerung, mit allen Elementen der palästinensischen Führung in Kontakt zu treten, verschließt lediglich die Türen zu Verhandlungen, während sie die politische und humanitäre Krise noch verstärkt.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die aktuelle Strategie im Umgang mit dem Gazastreifen stellt ein Versagen auf allen Ebenen dar. Als Organisationen, die für die Entwicklung und die Menschenrechte eintreten, fordern wir unsere Regierung, die weite internationale Gemeinschaft, den israelischen Staat und die palästinensische Führung auf, neue strategische Wege zu gehen.

Zur Beendigung der humanitären Krise in Gaza, zur Auflösung des politischen Stillstands und zur Wiederbelebung eines glaubwürdigen und wirksamen Friedensprozesses im Nahen Osten, um langfristige Sicherheit, Frieden und Entwicklung für alle Israelis und Palästinenser zu erreichen, empfehlen wir, dass folgende Schritte in Richtung eines Aktionsprogramms unternommen werden:

1. Der humanitäre Imperativ: Sofortiges Handeln ist nötig!

- ▶ Wir bitten die Regierung (UK) und die EU, die fortgeführte Blockade des Gazastreifens und die Anwendung kollektiver Bestrafung sowie die damit zusammenhängenden Verstöße gegen das internationale humanitäre Völkerrecht durch die israelische Regierung in einer öffentlichen Erklärung unmissverständlich zu verurteilen und dabei klarzustellen, dass eine solche Politik inakzeptabel und illegal ist.
- ▶ Wir fordern den Sonderbeauftragten des Quartetts dringend dazu auf, öffentlich zum Ausmaß der humanitären Krise in Gaza, zu ihren wirtschaftlichen Implikationen und der Notwendigkeit Stellung zu nehmen, Gaza in jedwede Strategie zum wirtschaftlichen oder politischen Engagement einzubinden.
- ▶ Die Regierung unseres Landes (UK) und die EU fordern wir dringend auf, größeren Druck auf die israelische Regierung auszuüben, so dass diese zur Abwendung einer weiteren Verschlechterung der humanitären Lage die Grenzübergänge nach Gaza öffnet und die Treibstoff- und Elektrizitätskürzungen stoppt. Um diese Wirkung zu erreichen, sollte die Regierung Israels mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, der Hamas und Ägypten zusammenarbeiten.
- ▶ Wir rufen die israelische Regierung auf, als kurzfristige Sofortmaßnahme zur Linderung der humanitären Krise in Gaza und während über das Ende der Blockade verhandelt wird, ihre Definition dessen, was sie als essentielle humanitäre Hilfsgüter betrachtet, wie folgt zu erweitern:
 - ∅ die notwendigen Mittel zur Instandhaltung und Wiederherstellung der Infrastruktur der öffentlichen Versorgungsdienste, inklusive der Ersatzteile und des Zements sowie der technischen Unterstützung und auch der Baumwolle, die für die vor Ort hergestellten Hygieneartikel erforderlich ist,
 - ∅ eine Form des Zugangs zu Heilverfahren im Ausland für Patienten, die dringend eine medizinische Behandlung brauchen, sowie die Erlaubnis für unter 18-jährige Patienten, in Begleitung ihrer Eltern reisen zu dürfen,
 - ∅ die Wiederaufnahme der zuvor üblichen Treibstoffimporte – dies ist notwendig, um normalen Menschen wieder die Möglichkeit zum Kochen zu geben, andererseits wird der Treibstoff für den Betrieb des Elektrizitätswerks von Gaza, für Ambulanzwagen und Projektfahrzeuge sowie für Schulbusse und gewöhnliche Transportmittel benötigt.
- ▶ Schließlich bitten wir die Regierung (UK) und die EU, Druck auf die israelische Regierung ausüben, um sicherzustellen, dass die Notfallhilfen, die zur Erfüllung der grundlegenden Menschenrechte unentbehrlich sind, niemals als Verhandlungsinstrument zur Beförderung politischer Ziele benutzt wird. Insbesondere sollte Israel darauf verzichten, Sanktionen zu verhängen, die die Bereitstellung humanitärer Hilfe beeinträchtigen, und garantieren, dass die palästinensische Bevölkerung des Gazastreifens nicht für die Positionen und Aktionen palästinensischer Parteigruppen bestraft wird.

2. Ende der Blockade: Schritte zur Wiederbelebung der Wirtschaftsaktivitäten im Gazastreifen

- ▶ Wir fordern, dass im Rahmen der aktuellen Friedensverhandlungen konkrete Schritte eingeleitet werden, die aktiv auf ein Ende der Blockade hinarbeiten und sicherstellen, dass humanitäre Notwendigkeiten und Menschenrechte während dieses Prozesses tatkräftig angegangen werden.
- ▶ Wir bitten die Regierung (hier: UK) und die EU, alle Pläne zur Wiederöffnung der Grenzübergänge nach Gaza – entsprechend dem Abkommen über Verkehr und Zugang zum Gazastreifen (Agreement on Movement and Access / AMA), das im Jahr 2005 durch die USA und die EU vermittelt wurde – aktiv zu fördern und ihre Anstrengungen zur Sicherstellung der vollständigen Realisierung des AMA zu erneuern. Jedwede Verhandlungen müssen gewährleisten, dass alle zukünftigen Vereinbarungen die vollen Voraussetzungen für den Im- und Export von Waren wie für den freien Verkehr von Personen schaffen.
- ▶ Wir fordern, dass es zur Aushandlung einer Vereinbarung zwischen den Parteien der geteilten palästinensischen Führung und dem Staat Israel kommt, um die Grenzübergänge in den Gazastreifen zu öffnen, und dass dieser Prozess durch eine unabhängige dritte Partei unterstützt wird.
- ▶ Wir fordern den Sonderbeauftragten des Quartettes auf, zu gewährleisten, dass die für Mai anstehende israelisch-palästinensische Wirtschaftskonferenz der Tatsache Rechnung trägt, dass die Verkehrsbeschränkungen eine Grundursache der wirtschaftlichen Stagnation sind und daher auch eine Bremswirkung auf den politischen Prozess entfalten.

3. Arbeit in Richtung eines politischen Prozesses, der alle Parteien einbezieht

Wir vertreten den Standpunkt, dass die Mitglieder des Quartetts (und die Nahost-Staaten, die in die Verhandlungen involviert sind) in ihrer Eigenschaft als Vertragsstaaten der Genfer Konventionen und anderer internationaler Menschenrechtsverträge verpflichtet sind, die Achtung der internationalen Völkerrechte zu gewährleisten.

Sie sollten diese Privilegien als positive Kraft für den Wandel nutzen und darauf bestehen, dass die Regierung Israels und die Palästinensische Autonomiebehörde sowie die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen an ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen und ihren Verbindlichkeiten anhand der internationalen, humanitären Völkerrechte festhalten.

- ▶ Wir fordern nachdrücklich zu einem innerpalästinensischen Dialog auf und bitten die Regierung und die internationale Gemeinschaft eindringlich, dazu beizutragen, dass dieser Versöhnungsprozess erleichtert wird.
- ▶ Wir bitten die Regierung, die internationale Gemeinschaft und die Regierung Israels, jedwede nationale behördliche Vertretung der palästinensischen Bevölkerung – sobald eine solche geschaffen ist - als legitime Partei anzuerkennen.
- ▶ Wir fordern unsere Regierung (UK) und die EU dringend auf, ihre erfolglose Politik der Unverbindlichkeit aufzugeben und mit allen palästinensischen Parteien in politischen Dialog zu treten.
- ▶ Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Eskalation der Gewalt auf allen Seiten beenden, und den Schutz der Zivilisten in Palästina wie in Israel zu gewährleisten.
- ▶ Wir rufen die israelische Regierung und die bewaffneten palästinensischen Gruppen dazu auf, alle Angriffe auf Zivilisten unverzüglich einzustellen. Alle unrechtmäßigen Attacken müssen gestoppt werden: die Regierung des Staates Israel sollte den unverhältnismäßigen Angriffe auf Gaza ein sofortiges Ende setzen, während die bewaffneten palästinensischen Gruppen die wahllosen Raketenangriffe auf den Süden Israels stoppen sollten.
- ▶ Wir fordern unsere Regierung (UK) und die EU auf, dafür Sorge zu tragen, dass Israel alle Einschränkungen des Verkehrs und des Zugangs in den besetzten palästinensischen Gebieten aufhebt, um die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft langfristig zu erleichtern.

Weitere Informationen erhalten Sie bei Crisis Action unter 0207 269 9451
gemma.mortensen@crisisaction.org

Übersetzung: Amnesty International Deutschland / Kogruppe Israel/OT/PA, S. Isbanner
– Verbindlich ist das englische Original